



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

eilung gesprochenes Wort, so ist ein einsichtiger Vorgesetzter ganz gewiß nachher zur mündlichen Aussprache und zu Erklärungen bereit, die den Betroffenen vollauf befriedigen dürften. Man darf nur den Groll nicht in seinem Herzen verschließen. Im andern Falle tritt die Beschwerde ein, doch die bildet ja immer die Ausnahme.

Von einer Unsicherheit im Offizierkorps kann keine Rede sein. Die „Fundamentalsätze“ der Taktik sind in den Reglements festgelegt. Alle Nachprüfungen sind abgeschlossen, und jede weitere Schematisierung ist untersagt. Es sind endgiltig zu Kraft bestehende Verordnungen. In dieser Richtung sind also die ganzen Schlußbetrachtungen des Verfassers unzutreffend.

Anderß liegt die Sache, wenn es sich darum handelt, zu erörtern, ob wir am Ende einer größern taktischen Entwicklungsperiode angelangt sind. Der Streit um die Gefechtsführung wird noch lange nicht verstummen. Aber überlassen wir das den hierzu berufenen militärischen Federn, und begnügen wir uns für jetzt mit dem, was wir haben. Ich glaube, es wird ausreichen, um auch die Offiziere des Beurlaubtenstandes zu tüchtigen Unterführern heranzubilden.

S. M.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Politik der Sammlung in England. Wenn man in einem Lande, wo die öffentliche Meinung nicht durch Bestechung oder Knebelung der Presse gefälscht wird, ein einflußreiches Blatt längere Zeit liest, so kann man daraus mit ziemlicher Sicherheit die seinen Leserkreis beherrschenden geistigen Strömungen erkennen. Die Saturday Review ist ein aristokratisches Blatt. Wir brauchen den Lesern nicht zu sagen, daß die englische Aristokratie keine Junkerschaft ist, daß sie die Großindustrie, die Vertreter von Kunst und Litteratur, die Universitäten, die Staatskirche einschließt, und daß die Geschlechter von altem Adel in einem ganz andern Verhältnis einerseits zum Bildungsadel und andererseits zum Volke stehen als der Geburtsadel andrer Länder. Diesen Kreisen gehören Leser, Mitarbeiter und Korrespondenten der genannten Wochenschrift an. In einem nun ist sie sich die zwanzig Jahre über, die wir sie — mit Unterbrechungen — lesen, stets gleich geblieben, in der echt aristokratischen Vorurteilslosigkeit und Weitherzigkeit in Beziehung auf das religiöse und sittliche Gebiet; dieselbe Eigenschaft zeichnet bekanntlich die ganz aristokratische Staatskirche aus. Adam Smith untersucht einmal, woher es wohl komme — die Thatsache selbst ist in England niemals bestritten oder angezweifelt worden —, daß die verschiednen Arten von Niederlichkeit in kleinbürgerlichen und Arbeiterkreisen*) sehr streng, in der vornehmen Welt sehr nachsichtig beurteilt werden. Und er findet, das sei sehr natürlich, denn ein armer Mann könne schon durch eine einzige Woche Müßiggang und Ausschweifungen seine Stellung

*) Mit diesen ist selbstverständlich nicht das Lumpenproletariat gemeint.

in der Gesellschaft einbüßen und ein Strolch werden, während ein Reicher jahrelang müßig gehen und ausschweifend leben könne, ohne seine gesellschaftliche Stellung zu gefährden. Aus diesem Grunde sei der gemeine Mann auch schwärmerischen Aposteln zugänglich, die eine rigorose Moral predigten, und da der religiöse Sektenfanatismus leicht staatsgefährlich werde, so rät er den Behörden, das Volk durch Feste und durch Veranstaltung harmloser Vergnügungen aufzuheitern. Dieser Auffassung widerspricht keineswegs der englische Cant; denn dieser entspringt dem Puritanismus, der kleinbürgerlichen Ursprungs ist und stets im Gegensatz zu den Kavaliern gestanden hat. Die vornehme Welt heuchelt nur insofern, als sie die Regel befolgt, über anstößige Dinge dort nicht zu sprechen, wo es nicht zweckmäßig oder nicht schicklich erscheint, und als sie eine Zeit lang (jetzt zieht das nicht mehr) die Vorwände von Christentum, Tugend und Menschenliebe zur Verdeckung ihrer Pläne in der auswärtigen Politik gebraucht hat. Die Saturday Review nun steht auf freundschaftlichem Fuße mit der vornehmen und weitherzigen Staatskirche, behandelt die Sekten mit Verachtung, findet nichts alberner, als wenn sich ein paar hundert Leute zusammenfinden, die sich einbilden, die wahre Kirche zu sein, und rechnet die Temperenzler und die Heilsarmee unter die Landplagen. Sie weist jeden Versuch, Kunstwerke mit dem Maßstabe einer kleinbürgerlichen Moral zu messen, scharf zurück und entrüstet sich darüber, wenn fromme Leute im Leben der großen Heiden nach „Sünden“ schnüffeln. In einem Artikel über Richard Wagner wurde jüngst ausgeführt: der wahre Sünder unter Wagners Gestalten sei Parsifal, der entlagende, Tristan und Siegfried, die freudig genießenden, seien die gesunden Menschen; als eine besondere Verirrung wird die in einigen Opern Wagners spukende Seelenretterei verurteilt; dank allen guten Göttern werde Tannhäuser wenigstens durch Elisabeth, „diese uninteressante junge Person,“ nicht gerettet. Grausamkeiten, z. B. die Prügelstrafe in der Flotte und in Schulen und die Verurteilung von jugendlichen Angeklagten aus dem Volke zu überharten Strafen, werden aufs entschiedenste gemißbilligt; jeder einzelne Fall — die Fälle scheinen nicht häufig zu sein — wird mit einer Schärfe gerügt, und die betreffenden Richter und Vorgesetzten werden in einem Tone angegriffen, den sich bei uns ein Oppositionsorgan — andre als Oppositionsorgane mißbilligen dergleichen bei uns überhaupt nicht — kaum erlauben dürfte.

Selbstverständlich tritt das Blatt für die Größe Britanniens ein und fertigt die engherzigen Radikalen und Sektierer, die Eroberungen sündhaft finden und das Reich auf die britischen Inseln beschränken möchten, als Narren ab. Aber es ist keineswegs für eine ungestüme und unvorsichtige Ausdehnungspolitik. Vor allem empfiehlt es, die guten Beziehungen zu Rußland nach Möglichkeit zu pflegen. Dann hat es zwar die Anklage gegen Cecil Rhodes gemißbilligt und diesen als einen Patrioten gefeiert, auch den ganzen Jamesonprozeß schon darum verurteilt, weil er nur eine Komödie war, aber gleichzeitig auch den Einfall Jamesons getadelt und darauf gedrungen, daß man den Onkel Paul nicht reizen und den Beschwerden der Utländer abhelfen solle, ohne sich mit den Boeren zu verfeinden; allen über das historisch und vertragsmäßig Berechtigte hinausgehenden Ansprüchen der Engländer und der aufreizenden Weise, wie der Kolonialminister Chamberlain die Angelegenheit zu behandeln pflegte, wurde immer scharf entgegen getreten. Sehr entschieden und klar ist die Stellung der Saturday Review in den indischen Verwicklungen: strenge Beschränkung auf die alten Grenzen! Darin allein liegt ihrer Meinung nach das Heil und die Rettung. Alles Unheil rühre von den Militärs her, die nach „wissenschaftlichen Grenzen“ strebten. Lord Roberts, der ein Buch: Einund-

vierzig Jahre in Indien, herausgegeben hat, wird ganz besonders für die an der Nordwestgrenze auftauchenden Gefahren verantwortlich gemacht. Das von wilden unabhängigen Stämmen bewohnte unwegsame Gebirgsland sei eine hinlänglich starke natürliche Schutzwehr zwischen Englisch-Indien und dem russischen Zentralasien. Früher nun habe die angloindische Regierung die weise Politik befolgt, vor diesem natürlichen Wall Halt zu machen, den Gebirgsstämmen ihre Unabhängigkeit zu lassen und durch deren Freundschaft die Schutzwehr gegen Rußland zu verstärken; nur wenn sie räuberische Einfälle wagten, habe man sie durch scharfe Bestrafung die Kraft der englischen Waffen fühlen lassen. Lord Lytton, der 1876 die Regierung Indiens antrat, habe diese weise Politik verlassen, die in Beludschistan mit Erfolg geübte Einmischungspolitik auch auf die ganz anders gearteten Gebiete des nördlichen Pendschab angewendet und eine neue Provinz geschaffen, zu deren Verwalter er den Lord Roberts ernannte. Dieser Verwalter wurde unabhängig gemacht von der Verwaltung des Pendschab und unmittelbar der Zentralregierung unterstellt, und in dieser gewann nun Lord Roberts die Militärpartei für seine Pläne. Dieser mußten sich die nachfolgenden Vizekönige fügen, und die Zivilverwaltung des Pendschab protestirte vergebens gegen die von ihr als unheilvoll erkannte Politik. Der größere Teil der englischen Presse mag das freilich sich und dem Publikum nicht eingestehen, und die Saturday Review hat diese freiwillige Blindheit in der Nummer vom 4. September sehr hübsch verspottet. „Was für eindrucksfähige und wohl unterrichtete Barbaren sind doch diese unruhigen Stämme an unsrer indischen Nordwestgrenze! Man denke nur an alle die Einflüsse, unter deren Einwirkung sie sich empört haben! Da ist erstens der Sultan, wie uns Herr Bambergy — oder waren's die Times? — versichert. Dann ihre Freude am Waffenspiel, wie Lord George Hamilton erklärt. Dann der Emir von Kabul; dafür haben wir das Wort des Lord Roberts, und Lord Roberts ist ein ehrenwerter Mann. Dann ist da Nipon mit seiner Fürsorge für den höhern Unterricht in Indien. Dann haben wir den Lord Salisbury; warum hat er nicht, fragt die leidenschaftliche Pythia des Spectator, diesen beschnittenen Hund von Türken an der Gurgel gefaßt und zerschmettert? Hätte er das in Konstantinopel gethan, so hätten sich die Beschnittenen am Chaiberpaß nicht zu rühren gewagt. Da ist endlich Gladstone, der den Sultan einen großen Meuchelmörder genannt hat, was die Pilgerkarawanen, die allwöchentlich vom Chaiberpaß kommen, daselbst gemeldet haben, wie die Times berichten. Wir wundern uns sehr, daß man nicht auch noch viele andre wichtige Einflüsse der Beachtung wert hält. So z. B. den PUNCH und seine Karikaturen des Sultans. Dann die Besetzung Agyptens, die von den freien und unabhängigen Afridiwählern als ein Attentat auf die Unabhängigkeit des Islams empfunden werden muß. Dann den Krieg gegen den Mahdi. Dann den Austausch von Geschenken zwischen dem deutschen Kaiser und dem Sultan, dann unser Common Prayerbook mit seiner unhöflichen Anspielung auf die Türken. Dann die franko-russische Allianz, die natürlich sofort ins Swatland telegraphirt worden ist. Nur eines giebt es, was, wenn man diesen weisen Leuten glauben wollte, auf die Gebirgsstämme keinen Eindruck gemacht hätte, das ist die Besetzung von Orten ihres Gebietes durch englische Truppen. Schrecklicher Gedanke, daß Tausende von ehrwürdigen alten Damen mit dem Glauben an all den Unsinn ins Grab steigen sollen!“*)

*) Wer die Art und Weise betrachtet, wie viele Fragen unsrer eignen innern Politik behandelt werden, der wird verstehen, warum wir diese Stelle wörtlich mittheilen.

In der innern Politik ist zunächst unverändert geblieben der Haß gegen Gladstone, der als ein staatsgefährlicher Schwächer behandelt wird. Homerule hat die Wochenschrift stets mit Abscheu bekämpft, und jetzt lobt sie das in Irland aufblühende ländliche Genossenschaftswesen, das den Leuten mehr nütze als alle politische Wühlerei. Gegen unberechtigte Ansprüche fanatischer Katholiken wird zuweilen polemisiert, aber stets höflich und anständig und ohne jede Spur von konfessioneller Leidenschaft. Das Manchesterium wird mit Verachtung behandelt,*) die von Deutschland drohende Konkurrenzgefahr vollständig gewürdigt (wobei sich der Haß gegen die Deutschen hinter dem Spott über den Kaiser verbirgt). Aber in einem Punkte hat sich die Haltung der Saturday Review gründlich geändert, in der Behandlung der Arbeiterfrage. Bis vor sechs Jahren wurden die Gewerksvereine mit ausgesprochenem Haß behandelt. Jetzt sieht man in ihnen eine selbstverständliche natürliche Erscheinung und eine dasinberechtigte Macht, mit der gerechnet werden müsse. Arbeiterausstände werden ganz objektiv besprochen und das Recht und Unrecht beider Teile unparteiisch abgewogen. Als Probe für die jetzige Behandlungsweise teilen wir eine Stelle aus einem Artikel über den Maschinenbauerausstand vom 18. September mit, deren Schluß noch in einer andern Beziehung charakteristisch ist. „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Unternehmer in erster Linie für die Ausdehnung des Streiks verantwortlich sind. Die Londoner Maschinenbauer forderten den Achtstundentag. Die Mehrzahl der Unternehmer bewilligte ihn. Den wenigen, die ihn verweigerten, kam der Unternehmerverband zu Hilfe und sperre 25 Prozent der in den Provinzen beschäftigten Mitglieder der vereinigten Maschinenbauer aus. Auf diese allgemeine Kriegserklärung konnte der Gewerksverein nicht anders antworten, als mit der Erklärung des Ausstands der übrigen 75 Prozent. So feiern denn jetzt 22000 Vereinsmitglieder und 24500 andre Arbeiter, deren Beschäftigung von der der Maschinenbauer abhängt. Was will nun eigentlich der Unternehmerverband? Will er die Maschinenbauer zwingen, auf den Achtstundentag zu verzichten? Das wäre Unsinn, denn der ist so gut wie thatsächlich durchgeführt. Oder will er den Gewerksverein vernichten? Das kann er möglicherweise durchsetzen, aber um einen furchtbaren Preis, den die ganze Nation zu bezahlen hätte, den Verlust des Maschinenbaues an andre Nationen. Es ist merkwürdig, daß die mächtige Firma, die die Politik des Unternehmerverbandes leitet, einen deutschen Namen trägt.“ (Gemeint ist Herr Siemens der seinen Kollegen durch Heranziehung deutscher Arbeiter zu helfen versprochen hat. Der Vorwärts warnt vor ihm.) Daß es unter den Mitarbeitern der Review keine alten Weiber giebt, die sich vor der Revolution und dem Sozialismus fürchten, versteht sich von selbst; von Umsturzsgefahr weiß man in diesen Kreisen nichts und spricht also auch nicht davon.

Wir wissen nicht, wie groß die Zahl der einflußreichen Leute sein mag, deren Politik die Londoner Wochenschrift vertritt, aber diese Politik ist klar und leicht zu verstehen: festhalten und konsolidiren, was man hat, sich zu weitem Erwerbungen nur entschließen, wenn eine unabwendbare Notwendigkeit dazu zwingt, alle Verbindungen mit auswärtigen Mächten möglichst vermeiden, und im Innern, im Verhältnis und Verkehr der verschiedenen Volksschichten mit einander, alles meiden und entfernen, was trennen und gegenseitige Verbitterung erzeugen könnte.

*) Unsere Schutzzöllner sind doktrinär genug, sich darüber zu freuen, daß sogar England Lust bekommt, unserm Export Schwierigkeiten zu bereiten, daß also ihre Doktrin überall in der Welt Recht behält, aber sie sind nicht scharfsichtig genug, zu erkennen, daß diese Doktrin nur so lange gilt, als neben den schutzzöllnerischen Staaten auch freihändlerische vorhanden sind.

Einiges von den „Nichts-als-Konsumenten.“ Niemals haben wir den preußischen Verwaltungsapparat schlechter arbeiten sehen als bei den Notständen in den Überschwemmungsgebieten. Es liegt uns ganz gewiß fern, in das öde Rationnement über Bürokratismus und Affessorismus in der preußischen Verwaltung an Stelle gesunder, praktischer Selbstverwaltung einzustimmen. Daran, was man damit meint, liegt es gar nicht, wenn sich in Preußen jetzt die Verwaltung angesichts des handgreiflichen Glends in den überschwemmten Orten und angesichts der Summen, die für eine Vinderung bereit liegen, ohne verwendet zu werden, so leistungsunfähig gezeigt hat. Wir haben Selbstverwaltung genug in Preußen, so viel, daß es manche Staatsverwaltungsbeamten, wie es scheint, ganz verlernt haben, überhaupt noch zu verwalten, da wo der Staat schnell, ohne Abschätzungen und Abstimmungen, unter allerhöchsteigner Verantwortung seiner dazu berufenen, vereideten und geschulten Diener zugreifen und helfen müßte. Man erzählte freilich schon vor fünf und zwanzig, dreißig Jahren, daß der Unterschied zwischen dem Arbeiten in Kriegsministerien und dem in den andern preußischen Ministerien hauptsächlich darin bestehe, daß im Kriegsministerium die unter „Cito“ eingehenden Sachen binnen vier und zwanzig Stunden erledigt, in den übrigen Ministerien nach vierzehn Tagen erst angesehen würden. Wir haben das damals im Hohenzollernstaate für unmöglich, für arg übertrieben gehalten, aber in der Militärverwaltung 1870 haben wir freilich gesehen, was schnell arbeiten, schnell verwalten heißt, auch in Geld- und Verpflegungssachen, und wie allein dadurch im Notfall Erfolg erzielt wurde. Der Himmel gebe, daß es hier beim alten bleibt, trotz alles Bureaukratismus und Affessorismus auch in der Militärintendantur von Anno 70. Sollte im Kriegsfall einmal so verwaltet werden, wie man jetzt in der Überschwemmungsfrage verwaltet, so hilft uns das ganze viel gepriesene herrliche Heer nichts, denn nichts verträgt der Deutsche weniger als den leeren Magen. Die berühmten Selbstverwaltungsgesetze haben unsre Zivilverwaltung der Militärverwaltung nicht ähnlicher gemacht. Der leitende Staatsbeamte ist entlastet in der Verantwortung und beschränkt in der Machtvollkommenheit, die zu schnellem Entschluß und energischem Handeln befähigt. Das hochschätzbare Laienelement, das in eigener Sache, niemandem als sich selbst Rechenschaft schuldig, im Entschließen und Handeln keinen Augenblick versäumt, wird leider, wie die Erfahrung reichlich lehrt, wenn es „im Amte“ ist, nur zu leicht doppelt pedantisch, vorsichtig, ängstlich. Wir möchten empfehlen, für die Prüfungsarbeiten der Regierungsaffessoren und die staatswissenschaftlichen Seminararbeiten der nächsten Zeit das Thema zu wählen: „Was haben die Kreisauerschüsse zur Bewältigung des Notstands in den Überschwemmungsgebieten genützt?“ und: „Haben sie im besondern die Landräte zu schnellen Maßnahmen gegen die dringende Not befähigt und veranlaßt?“ Aber die Sache ist uns viel zu ernst, als daß wir solchen Betrachtungen länger Raum geben dürften, die Thatsache ist zu traurig, als daß man jetzt Lust haben könnte, über die Einzelheiten in unsrer Verwaltungsorganisation zu streiten. Die Hauptschuld liegt auch nicht in diesen Einzelheiten, auch nicht in der Organisation selbst, sondern in dem Geiste, der eingerissen ist in ihrer Leitung und Führung. Man soll sich hüten, diese oder jene Person dafür verantwortlich zu machen. Fürsten und Staatsmänner, die Gewaltiges leisten zum Besten des Ganzen, können, gedrängt durch Widerstände, die sie dabei finden, schädigende Nebenwirkungen ihrer Leistungen vielfach gar nicht vermeiden. Aber wenn diese Schädlichkeiten später das Gute zu überwuchern drohen, dann ist ihre Beseitigung unmaßgeblich zu fordern, der Kampf gegen sie aufzunehmen. Und dazu mahnt nichts so sehr, als das Versagen des preußischen Ver-

waltungsapparats gegenüber der Überschwemmungsnot. Hier rächt sich die verhängnisvolle Gewöhnung unsrer Verwaltungsbeamten, nur nach oben zu sehen, alles Thun und Lassen nur nach dem Wink von oben, nur nach der Wirkung, die es oben haben könnte, einzurichten, jeder persönlichen Entscheidung, jedem Handeln nach eigenem Erkennen und Ermessen, das man vielleicht scharf nach oben vertreten müßte, weil es dort zunächst nicht der Erwartung entspricht, ängstlich aus dem Wege zu gehen. Wir haben auf diese traurige Gewöhnung oft genug hingewiesen, sie sitzt schon furchtbar fest vom Minister bis zum Landrat, aber sie muß heraus aus der Verwaltung, sonst nimmt es kein gutes Ende. Aber wie ist zu helfen, wer soll helfen? Auf den eisernen Kanzler, der den preussischen Verwaltungsbeamten das Rückgrat unnachsichtlich brach, wo immer sich die bösen Geheimratsüberzeugungen bemerkbar machten, folgte der Kaiser, der sein eigener Kanzler sein will und ist. Es wird viel darüber geschrieben, ob das gut sei und auf die Dauer gehe, und in der Regel erklärt sich das, was man öffentliche Meinung zu nennen pflegt, dagegen. Aber man mag über das persönliche Regieren, oder besser gesagt: Verwalten des Kaisers urteilen, wie man will, den Mangel an eigener Überzeugung und eigenem Handeln im höhern Beamtentum, den der eiserne Kanzler, wenn nicht erzeugt, so doch hinterlassen hat, muß und kann der Kaiser nur persönlich wieder herausbringen. Das ist unendlich schwer für ihn als Kaiser, aber es hilft alles nichts, der König von Preußen, der Hohenzoller, muß es fertig bringen, und er kann es fertig bringen, ganz ebenso gut, wie die unter seinen großen Vorfahren, die das preussische Beamtentum zum ersten der Welt erhoben haben, indem sie ihrer eignen Kanzler waren. Wie heute die Dinge liegen, ist nicht daran zu zweifeln, daß das Hilfswerk in den Überschwemmungsgebieten mustergiltig und namentlich mit gleichsam militärischer Schnelligkeit von statten gegangen wäre, wenn der Kaiser persönlich dazwischen gefahren wäre. Es ist schlimm, daß das nötig ist, aber daß es hilft, wenn es geschieht, das beweisen doch wohl hundert Vorgänge alle Jahre. Da gerät alles in schnellstes Tempo, vom Minister bis zum Landrat, da bleiben die „schleunigen“ Sachen ganz gewiß keine vierzehn Tage liegen, auch keine vierundzwanzig Stunden, da wird telegraphirt und telephonirt, auch wenn die Sache weder eilig noch wichtig ist. Aus Bismarckschen Kreisen ist über das Eingreifen der Staatsbeamten neulich geschrieben worden, die Hauptsache wäre versäumt worden, das heißt, daß man mit einem großen Geldsack hingekommen wäre und auf der Stelle bar geholfen hätte, wo das Wasser die Wohnung, den Hausrat, den unentbehrlichen Viehstand, das Getreide und die Kartoffeln zur Nahrung, das unentbehrliche Futter usw. vernichtet, unbrauchbar gemacht oder fortgeschwemmt hätte, und den Leuten das Geld fehlte, sofort selbst Ersatz zu schaffen. Das gerade ist der Notstand, von dem auch wir reden, der sich augenblicklich dringend geltend machende Mangel an dem Notwendigsten bei denen, die kein bares Geld liegen, auch nicht sofort Kredit haben oder ihn nicht zu finden verstehen, ihn vielleicht auch gar nicht brauchen können, weil ihnen die sogenannte Kreditfähigkeit fehlt. Um den in die Millionen gehenden Schaden, den das Wasser außerdem angerichtet hat, und zu dessen Beseitigung eine wohlüberlegte großartige „Aktion“ von Staats wegen nötig ist, handelt es sich zunächst gar nicht. Dort wird auch scharfes Augenmerk nötig sein, daß nicht Dummheiten gemacht werden, aber das hat doch immer wochen- und monatelang Zeit. Bis jetzt hat man sich um die vielen kleinen, dringenden Schäden zu kümmern, die für die armen Leute riesengroß sind und mit dem Herannahen des Winters immer größer werden. Wir haben uns aufrichtig gefreut, daß die Kaiserin selbst in das Überschwemmungs-

gebiet gefahren ist und selbst Geldspenden verteilt hat. Das wird ihr nie vergessen werden, ebensowenig, wie der Kaiserin Friedrich ihre erste und einzige Reise in der kurzen Regierungszeit ihres hohen Gemahls, die Reise in das Überschwemmungsgebiet im Posenischen. Aber das kann an den Unterlassungssünden des preußischen Verwaltungsapparats doch nur wenig ändern; sie sind begangen worden und werden weiter begangen werden, bis der Kaiser sich der Sache annimmt. Vielleicht hat der Besuch der Kaiserin diese Wirkung, vielleicht auch nicht. Unmöglich ist es nicht, daß die hohe Frau beruhigt im Sinne der Instanzen dem Kaiser hat berichten können, weil das, was ihr gezeigt worden ist, sie in der That beruhigt hat. Wir wünschten, daß es anders wäre, im Interesse der Notstandsbezirke, aber nicht minder im Interesse der preußischen Verwaltung.

Ist unser Urteil zu scharf? Wir würden uns mit Freuden überzeugen lassen, daß das der Fall sei; aber Schärfe ist am Plage, wo es sich um das Wichtigste und Notwendigste für den Staat und die Nation handelt in dieser Zeit erbitterter Kämpfe der Klassen und der Interessen. Das Beamtentum und sein Geist müssen in solchen Zeiten der Anker sein, der Halt und Gleichgewicht giebt, vor allem in der Monarchie. Das hat mit Recht wiederholt und auch in allerjüngster Zeit wieder Schmoller hervorgehoben, und alle im guten Sinne konservativen und monarchistisch gesinnten Männer sollten der verhängnisvollen Unterschätzung des Beamtentums im Volke entgegenzuarbeiten suchen, zuerst freilich die Beamten selbst durch strenge Selbstzucht, wo immer sich Mängel zeigen.

In hohem Grade zu bedauern ist es deshalb, daß neuerdings von den Hamburger Nachrichten geradezu aufgefordert wird zur Untergrabung des Ansehens des höheren Beamtentums, ja der außerhalb der geschäftlichen Interessengegensätze stehenden gebildeten Teile der Bevölkerung überhaupt. Eines Kleon würdig ist es, wie dieses Blatt, indem es für die kommenden Reichstagswahlen die Parole: Hier Bienen, hier Drohnen! empfiehlt, Mißachtung gegen die Aristokratie der geistigen Bildung zu säen sucht. Die Drohnen, denen der Kampf gilt, sind nach dem genannten Blatte „die Klassen der Bevölkerung, die an dem Gedeihen einer gewinnbringenden nationalen Arbeit nicht interessiert sind,“ sie bestehen „lediglich in den unproduktiven Elementen, in den »Nichts-als-Konsumenten,« unter denen die Gehaltsbezieher im Staats- und Kommunalamt, die Professoren, Pastoren und viele andre Leute, die gleichwohl auf unser politisches Leben großen Einfluß haben und immer mehr zu nehmen bemüht sind, in erster Reihe stehen.“ Diesen Drohnen gegenüber wird für die nächsten Wahlen der Zusammenschluß „aller produzierenden Stände, vor allem der Landwirtschaft und der Industrie“ verlangt, um die Männer „des praktischen Lebens, die an ihrem Leibe die Früchte der Gesetzgebung, die sie machen, zu spüren bekommen,“ in die gesetzgebenden Körperschaften zu wählen, namentlich auch zur bessern Erfüllung „der Hauptaufgabe, die dem heutigen Staate gestellt ist, der Bekämpfung und Unschädlichmachung der Sozialdemokratie.“ Was soll man hier annehmen: fixe Idee oder Versteckenspielen? Durch diese Parole soll die Hauptaufgabe des Staats, die wir anerkennen, die Bekämpfung der Sozialdemokratie, gefördert werden? Wir wollen ganz absehen davon, daß die Parole von der Sozialdemokratie entlehnt ist, wo in wohlverstandnem demagogischem Interesse das Schlagwort „Bienen und Drohnen“ seit langer Zeit eine Rolle spielt und noch dazu mit viel mehr Sinn und deshalb auch mit viel packenderer Wirkung. Aber wie kann man sich heute noch, heute, wo der Kampf gegen die Sozialdemokratie eine Hauptaufgabe des Staats geworden ist, so stellen, als ob in der Politik noch immer nur von Unternehmerinteressen die Rede sein könnte, von agrarischen und

industriellen Unternehmerinteressen? Ist es nicht der helle Unverstand, heute dem Volke vorzupredigen, daß die Klinke der Gesetzgebung nur diesen Interessen zu dienen habe, wo doch alles darauf ankommt, die Massen von dem sozialdemokratischen Wahne loszumachen, daß der gegenwärtige Staat nur für die Besitzenden vorhanden sei, und daß deshalb mit ihm ausgeräumt werden müsse? Denken mögen das ja noch viele unter den Agrariern und Industriellen, und viele werden deshalb auch der neuen Parole Beifall zollen, aber das auszusprechen ist doch ganz unsinnig, wenn man weiß, wie es heute in der Welt zugeht. Dann weiter: wer sind denn die Professoren, Pastoren und andre Gehaltsbezieher? Sind es nicht durchweg die Jünger der modernen Schule der deutschen Volkswirtschaft, die in Fürst Bismarck selbst den verehrt, der ihr zu ihrer Allgewalt, namentlich in Preußen, verholfen hat? Kein Professor der ganzen Welt hat diese Schule so gefördert, wie Bismarck durch seinen schroffen Übergang von der liberalen Nationalökonomie zur sozialistischen, vom Freihandel zum Schutzzöllnertum, womit er ja teilweise ganz im Rechte war. Das sollten doch auch die Hamburger Nachrichten nicht vergessen. Sie drängen ja den Feinden des Fürsten durch solche plumpe Angriffe geradezu die Waffen in die Hand. Die Geister, die er gerufen hat, lassen sich jetzt nicht mit einem Fußtritt verschrecken. Sie sind noch Schutzzöllner, aber sie wollen auch Sozialisten bleiben, und mit Richter und Lieber, die der Hamburger Artikel als besonders gefährliche Beispiele nennt, haben die heutigen Professoren, Pastoren und sonstige Gehaltsbezieher gar nichts gemein, nur diese plumphen Angriffe können sie zu deren Bundesgenossen machen. Der Zweck heiligt die Mittel, sollen gewisse Leute gesagt haben, freilich nicht dumme, untaugliche Mittel. Aber bei der Hamburger Paroleausgabe scheint der Zweck die Leute so blind gemacht zu haben, daß sie gegen die allerwichtigsten Grundlagen konservativer Politik Sturm laufen.

Und was ist denn der Zweck, auf den man hinaus will? Wie man hört, finden jetzt Vorberatungen statt zwischen der Regierung und Vertretern des deutschen Landwirtschaftsrats, des Zentralverbands deutscher Industriellen und des deutschen Handelstages, um die „Mittellinie“ zu bestimmen zwischen den Interessengegensätzen in der Wirtschaftspolitik in Rücksicht auf die kommenden Handelsverträge. Da kommt nun alles darauf an, daß die agrarischen Interessenten die Linie möglichst ganz auf ihre Seite hinüberziehen, soweit es sich um die staatliche Sicherstellung der Gütererträge und der Güterpreise auf Kosten der andern Interessentengruppen handelt. Dafür gilt es so viel Industrielle breit zu schlagen, als irgend möglich ist, und der Köder ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie und zugleich gegen die Nichts-als-Konsumenten und Gehaltsbezieher. Das Schlagwort zieht ja in gewissen Kreisen unserer Großindustrie und ihrer Herren Ingenieure immer, und mit Speck fängt man Mäuse, das wissen die Agrarier. Es sollen ja auch schon einige Größen der Großindustrie als Treiber für die agrarischen Fallenteller gewonnen sein. Wahrscheinlich werden sie gute Beute machen, die Herren vom Absperrungssystem zum Nutzen des ostdeutschen Grundbesitzes, und die Treiber werden auch wohl entsprechend abgefunden werden. Auf den deutschen Handelsstand, die Geheimen Kommerzräte ist, wenigstens nach dem, was der Handelstag zu leisten scheint, offenbar nicht groß zu rechnen, wenn es gilt, sich gegen agrarische Fußtritte aufzulehnen, wie sie ihm seit Jahren reichlich zu teil werden. Ob wohl das deutsche Beamtentum, die Geheimen Regierungsräte ohne Ar und Halm, nicht die im Nebenberuf, noch das Rückgrat dazu haben? Sie werden es zu beweisen haben bei dem Kampf um die „Mittellinie,“ ihr Amt ist es, dem Ganzen zu

dienen, unbeirrt durch den Ansturm und die Anmaßung aller „Produzenten“ vom Niederrhein bis zum Pregel.

Ein Ausgleichsvorschlag zur Militärstrafprozessordnung. Es ist anzunehmen, daß sich der Reichstag gleich zu Anfang seiner nächsten Tagung wieder mit der Frage einer einheitlichen Militärgerichtsordnung beschäftigen wird; da bis dahin eine Bundesratsvorlage kaum festgestellt sein wird, so werden die Parteien Anträge bringen. Diese werden auch parteimäßig lauten, sodaß wieder viel hin und her geredet werden wird, ohne daß die Sache gefördert würde. Die Gegensätze werden sich noch verschärfen, und die Behauptungen von reaktionären Neigungen Preußens werden neue Nahrung erhalten.

Von den drei Gerichtsordnungen, die jetzt im deutschen Heere gelten, ist die bairische die jüngste. Sie beruht auf einem Gesetz vom 29. April 1869 und ist am 6. November 1872 neu veröffentlicht worden. Die älteste ist die württembergische, denn sie stammt schon aus dem Jahre 1818; sie hat auch den kleinsten Geltungsbereich. Den größten hat die zeitlich in der Mitte stehende preussische, aus dem Jahre 1845. Die bairische beruht auf den Grundsätzen der Öffentlichkeit und der Mündlichkeit, während die preussische diese wirklich wertvollen „Errungenschaften der Jetztzeit“ nicht kennt. Nach ihr wird nämlich das ganze zur Entscheidung dienende Material, namentlich auch das Verhör des Angeklagten und der Zeugen, niedergeschrieben und dem Spruchgericht durch Verlesen bekannt gemacht. Die Zeugen bekommen dieses gar nicht zu sehen, sodaß von einem unmittelbaren Eindruck keine Rede sein kann, und selbst der günstige Eindruck, den etwa die Persönlichkeit des Angeklagten macht, ist gegen das Gewicht der schriftlichen Belastung ohnmächtig. Daß zur Schlußverhandlung keine Zuhörer zugelassen werden, ist mehr die natürliche Folge dieses schriftlich vermittelten Verfahrens, als daß heimliches Wesen beabsichtigt wäre. Noch schlimmere Folgen jedoch ergeben sich aus der Schriftlichkeit: große Schwerfälligkeit des ganzen Verlaufs und lange Dauer der Untersuchungshaft. Darunter hat auch der zu leiden, der schließlich freigesprochen wird.

Theoretische Verfechter des preussischen Verfahrens giebt es kaum noch, es schleppt sich in der That nur noch als „Krankheit“ fort. Selbst ein so besonnener und von Oppositionslust freier Mann wie der bekannte Staatsrechtslehrer Laband urteilt von der preussischen Militärgerichtsordnung, sie beruhe „auf gänzlich veralteten, mit den Anforderungen einer unparteiischen, gerechten und sachverständigen Rechtsprechung durchaus unvereinbaren Prinzipien,“ von ihrer Einführung sei Württemberg „verschont geblieben.“ Dieses Urteil mag zu hart sein, aber bei keinem Vergleich ist das preussische Verfahren im Vorteil. Das württembergische kann außer Betracht bleiben, schon wegen der ganz andern Verhältnisse seiner Entstehungszeit. Wohl aber drängt sich zum Vergleich das bairische auf. Dieses wird im Lande sehr hoch gehalten, und nicht bloß von denen, die sich an jedes Reservatrecht klammern. Daß auch die bairische Militärgerichtsordnung mit militärischem Geist und militärischer Zucht vereinbar ist, zeigt der allseitige und allgemein anerkannte Aufschwung der beiden bairischen Armeekorps. In der Sache führt sie schneller zum Spruch, den Angeklagten mit den Zeugen unmittelbar vor das Spruchgericht. Leichtere Fälle werden nicht in die Schablone der schweren gezwängt, Fälle offenbar unschuld scheiden sich im Vorverfahren aus. Die Verteidigung ist wirksam gesichert, und für ernste Kontrolle ist die Thür des Gerichtssaales geöffnet, während sie leichtfertiger und skandalsüchtiger Neugierde verschlossen werden kann.

Diesen Vorzügen werden sich wohl auch Mängel entgegenstellen lassen, aber wo sind sie jemals ganz zu vermeiden, und ist denn zu hoffen, daß eine noch so sorgfältig und entgegenkommend ausgearbeitete neue Vorlage im jetzigen Reichstage von Glückwerk verschont bleiben wird? Was sich in Baiern mehr als fünfundzwanzig Jahre bewährt hat, eignet sich dazu, auf das ganze Reich ausgedehnt zu werden, da die in Betracht kommenden Verhältnisse überall dieselben sind; es sollte zur En bloc=Annahme vorgeschlagen werden. Man muß sich wundern, daß diese einfache Lösung noch nicht in den maßgebenden Kreisen laut geworden ist. Ein dahin gefaßter Gesetzentwurf hätte auch zahlreiche Präzedenzfälle für sich, bei Gründung des Norddeutschen Bundes und des Reichs wie bei Regelung der reichsländischen Verhältnisse. Im Reichstag würde er schnell durchgehen; selbst die, die gern im Trüben fischen, würden ihm zustimmen müssen, oder sie würden sich augenscheinlich ins Unrecht setzen. Aus preussischer Initiative hervorgegangen, würde diese Lösung die Regierung im eignen Lande stärken, in allen nichtpreussischen Bundesstaaten mit Dank begrüßt und mit Vertrauen vergolten werden. Freilich, diese Früchte würde der Entschluß nur dann tragen, wenn er als freie That erschiene. Noch ist es Zeit dazu. E. K.

Jakob Burckhardt's litterarischer Nachlaß. Es wird unsre Leser interessieren, daß, wie ein zuständiger Gewährsmann in der Basler Allgemeinen Schweizer Zeitung mitteilt, von Jakob Burckhardt (dessen Nekrolog wir in Heft 35 gebracht haben) folgende Bücher zu erwarten sind. Erinnerungen an Rubens und Drei Abhandlungen zur italienischen Renaissance (das Porträt, das Altarbild und die Sammler) werden bei Lendörff in Basel erscheinen. Von einer griechischen Kulturgeschichte ist ein Teil annähernd vollendet, der Rest soll nach Burckhardt's ausführlichen Notizen von einer andern Hand bearbeitet und hinzugefügt werden.

Zur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 4. Vierteljahr ihres 56. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 9 Mark. Wir bitten, die Bestellung schleunig zu erneuern.

Leipzig, im September 1897

Die Verlags-handlung

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig

